

Industriegipfel Brandenburg

Trotz außergewöhnlicher Umstände hat sich die Brandenburger Wirtschaft im vergangenen Jahr mehr als behauptet und ist im Bundesvergleich sogar überproportional gewachsen. Diese positive Entwicklung wollen wir fortsetzen. Allerdings belastet das aktuelle Niveau der Strompreise die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der energieintensiven Branchen. Sowohl mit Blick auf den Erhalt stromintensiver Produktionsstätten als auch der erforderlichen Elektrifizierung zahlreicher Prozesse im Zuge der Dekarbonisierung und für die Neuansiedlung neuer Industriezweige ist der Strompreis ein wesentlicher Parameter für die Wirtschaftlichkeit. Mit einem dauerhaft nicht wirtschaftlichen Strompreis besteht die Gefahr einer Deindustrialisierung.

Mit drei Entlastungspaketen und dem Schutzschirm über 200 Mrd. EUR hat der Bund mit der Unterstützung der Länder notwendige Antworten gegeben, um Entlastungen für Unternehmen auf den Weg zu bringen. Auf die Unternehmen bezogen tragen Gaspreisbremse, Strompreisbremse und Härtefallregelungen zur Entlastung bei.

Dies ist jedoch nicht ausreichend. Der Strompreis für Industriebetriebe in Deutschland zählt weiterhin zu den höchsten weltweit. Die Landesregierung Brandenburg ist sich mit den Teilnehmern des Industriegipfels einig, dass weiterhin die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und Brandenburger Wirtschaft – insbesondere durch angemessene und faire Energiepreise - gesichert und langfristig Planungssicherheit hergestellt werden muss.

Dafür sind folgende Dinge unerlässlich:

- Zum einen muss *kurzfristig* ein zeitlich begrenzter Industriestrompreis eingeführt werden, um die Übergangszeit bis zum Ausbau der Erneuerbaren Energien zu überbrücken. Dies ist durch den Inflation Reduction Act der USA sowie die Industriestrategie Chinas umso wichtiger geworden. Der Industriestrompreis muss für energieintensive und im Hinblick auf die klimaneutrale Transformation strategisch wichtige Unternehmen gelten und sollte möglichst einfach und unbürokratisch umgesetzt werden.
- Als Beitrag, der zusätzlich auch kurzfristig zu Entlastungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Brandenburg führen würde, bedarf es schnellstens einer fairen Kostenverteilung des Verteilernetzausbaus. Hier dürfen nicht länger die Regionen, die sich stark beim Ausbau der Erneuerbaren Energien engagieren, mit höheren Netzentgelten belastet werden. Gerade das besondere regionale Interesse der Regionen wie Brandenburg, die sich überproportional für die Transformation zu einem klimaneutralen Energiesystem engagieren und damit besondere Herausforderungen meistern, muss künftig stärker berücksichtigt werden.
- Zum anderen muss *mittelfristig* das Angebot ausgebaut werden, um durch Marktmechanismen zu einer dauerhaften Preissenkung zu kommen. Entscheidend dafür ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit regionaler Nutzung, der Ausbau der Netze mit bundesweiter Kostenteilung und der Aufbau großer Speicherkapazitäten. Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu forcieren, ist gleichzeitig eine deutliche Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse erforderlich. Bei all diesen Punkten sind Bund und Länder gleichermaßen in der Pflicht.

- Fachkräfte anzuwerben sowie aus- und weiterzubilden bleibt eine zentrale Herausforderung der Brandenburger Unternehmen, um die Transformation der Industrie zum Erfolg zu bringen. Hierfür unterstützt die Landesregierung die Betriebe mit all ihren Möglichkeiten.

Gleichzeitig darf der Umbau der Energiewirtschaft nicht zu Lasten der Versorgungssicherheit gehen und er muss Schritt halten mit dem klimaneutralen Umbau der energieintensiven Industrien.

Ein früherer Ausstieg als 2038 aus der Kohle ist daher nur unter folgenden Voraussetzungen denkbar:

- Die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein.
- Bevor die Kraftwerke abgestellt und die Kohleförderung eingestellt werden, müssen neue adäquate Arbeitsplätze entstehen.
- Die Strompreise müssen wettbewerbsfähig und sozialverträglich sein.
- Ein früherer Ausstiegspfad muss gemeinsam und transparent erarbeitet werden.

Die anstehenden Herausforderungen können nur gemeinsam bewältigt werden, weshalb ein breiter Schulterschluss von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik erforderlich ist. Die Akteure des Brandenburger Industriegipfels sind sich ihrer Verantwortung bewusst, die sie für die Erhaltung unseres Wohlstandes, der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt tragen und werden alles unternehmen, um die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft voranzutreiben.

Potsdam, den 5. Juni 2023